Josef Schüßlburner

Sozialismusbewältigung

4. Teil: Weltkrieg als Weltrevolution - vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus

23.10.2026

From this hour War! Ever more splendid and glorious War! (Towards democracy)[1]

An seinen Wurzeln war der Erste Weltkrieg demokratisch.[2]

Bei den zahlreichen Veröffentlichungen, Ausstellungen, Filmen und Gedenkveranstaltungen zum Ersten Weltkrieg vor allem im Jahr 2014 zum 100. Jahrestags des Kriegsausbruchs hat die parlamentarische Zustimmung, insbesondere der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom 4. August 1914 zur Kriegsfinanzierung und damit die demokratische Billigung des deutschen Kriegseintritts kaum eine Rolle gespielt.[3] Dies ist deshalb befremdlich, weil die Bedeutung dieses Ereignisses für die Entwicklung des 20. Jahrhunderts kaum überschätzt werden kann. Deutlich wird dabei auch, daß die sozialismusaffine bundesdeutsche Geschichts- und damit Ideologiepolitik die spezifisch demokratischen und sozialistischen Aspekte des Weltkriegs ausblendet. Sonst könnte man wohl keine einschlägige Bewältigungspolitik betreiben, die zunehmend als „Demokratie" verstanden wird, welche volksdemokratisch[4] durch Parteiverbot[5] und Parteiverbotssurrogat[6] zu verwirklichen ist, zumindest jedoch „verteidigt" werden muß mit Hilfe von Inlandsgeheimdiensten, Polizeiministerien, Verbotsgerichten und den skurrilen „Omas gegen rechts".

Bedeutung des „Augusterlebnisses" für SPD, Kommunismus und „Faschismus"

Die Verdrängung des 4. August 1914 als möglichen Bezugspunkt der Bundesgedenkkultur und von Staatsliturgien nach Art der *Steinmeier*-Demokratie dürfte mit der erfolgreich durchgeführten Selbstimmunisierung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der amtlichen Bewältigung als Staatsideologie der Bundesrepublik Deutschland zu tun haben,[7] die bekanntlich (ohne die deutsche Sozialdemokratie dabei einzuschließen) um „deutsche Schuld" kreist und dies mit Unterwerfungsbereitschaft gegenüber den als moralisch höherstehend

---

[1] So *Edward Carpenter*, Towards Democracy, 1880.

[2] S. *Niall Ferguson*, Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, 3. Auflage 1999, S. 382.

[3] Eine Ausnahme stellt die mittlerweile online gestellte Darstellung in einem *Spiegel*-Magazin zum 1. Weltkrieg dar unter dem Titel: Kriegskredite 1914. Der Sündenfall der SPD
http://www.spiegel.de/einestages/spd-im-ersten-weltkrieg-wie-es-zur-kriegskredite-zustimmung-kam-a-976886.html
dieser Beitrag basiert allerdings auf den üblichen linksextrem-alliierten Prämissen, die auch den Anti-Revisionismus des BRD-Verfassungsschutzes kennzeichnen.

[4] S. dazu den 2. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Totalitäre Demokratie – Die Demokratiekonzeption der sozialistischen Linken**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/01/SoziBwltg-II-totalitDemokr.pdf

[5] S. dazu die einschlägige Serie zur Parteiverbotskritik
https://links-enttarnt.de/parteiverbotskritik-uebersicht-der-einzelnen-teile

[6] S. dazu die einschlägige Serie zum Parteiverbotssurrogat:
https://links-enttarnt.de/kritik-des-parteiverbotssurrogats-uebersicht

[7] S. dazu den 3. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2024/05/SoziBwltg-III-SPDBewltg-1.pdf

eingestuften Siegermächten[8] bekundet: Wenn es nämlich „deutsche Schuld“ am Ersten Weltkrieg gibt, dann kann auch die deutsche Sozialdemokratie davon nicht ausgenommen werden können. Der 4. August 1914 markiert nämlich durch Übernahme von gesamtstaatlicher Verantwortung den Beginn der SPD als deutscher Regierungspartei.[9] Dieses Datum stellt aber auch mit der innerparteilichen Auseinandersetzung über die Bewilligung der Kriegskredite den Ausgangspunkt der Spaltung der Sozialdemokratie dar, welche zu dem unbestreitbar aus der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit hervorgegangenen Kommunismus führen sollte. Dieser sollte sich dann als das größte politische Unheil des 20. Jahrhunderts herausstellen, das demnach ideologie-politisch dem SPD-Komplex zugerechnet werden müßte. Vor allem deshalb stellt der Erste Weltkrieg in der Tat die Urkatastrophe nicht nur Europas, sondern der gesamten Welt dar, was den Zweiten Weltkrieg und die damit einhergehenden Vorgänge eher zum Anhängsel des Ersten gerinnen läßt und zum Bestandteil eines dreißigjährigen Krieges (1914 bis 1945) macht (sicherlich eine „verfassungsfeindliche“ Einordnung mit „Relativierung“ „deutscher Schuld“).

In den nachfolgenden Ausführungen wird allerdings der Schwerpunkt auf einen anderen zentralen Bewältigungsaspekt gelegt, nämlich die Entstehung von Faschismus und Nationalsozialismus aus dem „Augusterlebnis“, welches Nationalismus und Sozialismus wieder zusammenführen sollte. Diese Ideologieelemente hatten beim SPD-Gründer *Lassalle* noch eine Einheit gebildet,[10] was trotz antinationalistischer Sentenzen im „Kommunistischen Manifest“ durchaus auch bei *Marx* und *Engels* nachweisbar ist, waren jedoch zwischenzeitlich aufgrund der nationalstaatlichen Reichsgründung unter ideologisch rechter Dominanz zu Gegensätzen geraten und die Sozialdemokraten wurden als „vaterlandslose Gesellen“ vorgeführt. In der Tat erklärt die Behauptung im *Kommunistischen Manifest*, daß die „Proletarier“, die die zukünftige Menschheitsentwicklung bestimmen würden, „kein Vaterland“ hätten, die Schwierigkeiten der SPD-Anhänger, ihr „starkes echtes Nationalgefühl“ offen zu zeigen,[11] bis es dann in der Kriegbegeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges gewissermaßen über Nacht sichtbar wurde, am nachhaltigsten bei den maßgeblichen sozialdemokratischen Arbeiterdichtern *Max Barthel*,[12] *Karl Bröger*[13] und vor allem *Heinrich Lersch*.[14] Bemerkenswert ist, daß sich diese seinerzeit durchaus prominenten

---

[8] Mit weitreichenden konkreten politischen Folgen: Spionage der Moralmacht USA gegen die Bundesrepublik Deutschland wird hingenommen, wenn sie nicht allzu sichtbar wird, an deutsche Gegenspionage (was mehr ist als die bislang auch nicht existierende Spionageabwehr!) gegen die USA ist von vornherein gar nicht denkbar, obwohl sich zumindest die Wirtschaftsspionage lohnen dürfte, mag man es sich auch verbieten, etwa Spaltungstendenzen in den USA durch Förderung lateinamerikanischer Massenzuwanderung zu ermutigen (maßgebliche amerikanische Kräfte unterstützen dagegen in Deutschland die Türkeneinwanderungslobby).

[9] Dies wird in einer zentralen Schrift von *Susanne Miller*, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, 1974, insbesondere auf S. 9 hervorgehoben: „Die deutsche Sozialdemokratie erhielt im Ersten Weltkrieg ihre in wesentlichen Zügen bis heute gültige Prägung.“

[10] S. zu diesem den Beitrag des Verfassers: Sozialismus als deutsche Weltherrschaft: Wiederkehr der verdrängten Lehren Lassalles, in: *eigentümlich frei* Nr. 79, S. 48 ff.

[11] S. *Alfred Grotjahn*, Erlebtes und Erstrebtes, Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, 1932, S. 154.

[12] Geb. am 17.11.1893 bei Dresden, gest. am 17.06.1975 in Waldbröl/Rheinland; Mitbegründer der sozialistischen Jugendinternationale, dann Wechsel von KPD zur SPD; in seinem 1933 erschienen Roman *Das unsterbliche Volk* stellte *Barthel* die Wandlung eines Kommunisten zum „Gefolgsmann des Führers“ dar; s. https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Barthel

[13] Geb. am 10.03.1886 in Nürnberg, gest. am 4.05.1944 in Erlangen; von 1912 bis 1933 Redakteur der sozialdemokratischen *Fränkischen Tagespost*; 1933 Bekenntnis zum Nationalsozialismus im Sinne einer die Klassenschranken niederreißenden Volksgemeinschaft; s. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Br%C3%B6ger

[14] Geb. am 12.09.1899 in Mönchengladbach, gest. am 18.06.1936 in Remagen; erste Veröffentlichungen in der sozialistischen Wiener *Arbeiterzeitung*; in der Weimarer Republik stark vom Expressionismus beeinflußter Schriftsteller; 1933 in die Preußische Dichterakademie aufgenommen, 1935 Rheinischer Literaturpreis; an der Beerdigung des „Nationaldichters“ in Remagen nahmen über 100 000 Personen teil;
s. https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Lersch

Arbeiterdichter anschließend, wenngleich individuell unterschiedlich akzentuiert, in der Tat dem National-Sozialismus anschließen sollten, sich ihm zumindest angenähert haben. Von *Lersch* stammt im Übrigen der nunmehr für „Faschismus“ stehende Spruch: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“, geschrieben 1914 im Gedicht „Soldatenabschied“, das erstmals in einer sozialdemokratischen Zeitschrift veröffentlicht wurde.

Von den innerparteilichen Widersachern der Zustimmung zum deutschen Verteidigungskrieg und zum „Burgfrieden“ in der SPD, aus denen die USPD und (über Abspaltungen und Wiedervereinigungen) letztlich die revolutionär-totalitäre KPD (Vorläuferin der Partei Die Linke als SED angehender DDR-Diktaturpartei) hervorgehen sollte, wurde die Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie mit dem Begriff „Nationalsozialisten“ überzogen,[15] ein Begriff, den schon *Eugen Dühring*, der vorübergehend die Chance gehabt zu haben schien, zum Chefideologen der SPD aufzusteigen,[16] zur Beschreibung der Positionen von *Ferdinand Lassalle* gebraucht hatte (was möglicherweise die erstmalige Begriffsverwendung in Deutschland darstellt, wobei dieser Begriff in Frankreich schon vorher verwendet worden war). Dieser polemisch gemeinte Begriff wurde dann zur Selbstbezeichnung einer politischen Richtung, welche zentrale Elemente der aus der SPD stammenden Kriegsbegründung, die vor allem den Schriften des SPD-Reichstagsabgeordneten (MdR) *Paul Lensch*[17] entnommen werden können, zu einem eigenständigen ideologischen Komplex zusammenführen sollte. Zu diesem Komplex gehörte dann auch die vor allem vom Doktorvater des zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland maßgeblichen SPD-Politikern *Kurt Schumacher*,[18] nämlich Professor *Johann Plenge*,[19] propagierte Konzeption der diktatorisch verwalteten Kriegswirtschaft[20] als Sozialismusmodell.[21] *Plenge* dürfte wohl das Schlagwort der „Ideen von 1914“ geprägt haben, was letztlich einen spezifischen deutschen Sozialismus meinte, zumindest den deutschen Charakters des - nach Ideologiepolitik schon aus diesem Grunde bewältigungsbedürftigen - Sozialismus hervorheben sollte.

Mag auch das grundsätzlich positive Verhältnis von *Adolf Hitler* in der Frühzeit seiner politischen Aktivitäten zur Sozialdemokratie[22] immer noch mit Zweifeln belastet sein, was aber nicht bestritten werden kann ist das Entstehen des (italienischen) Faschismus aus dem Sozialismus der Vorkriegssozialdemokratie, die mit der Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie vom 4. August 1914 eng verbunden ist: Für den maßgeblichen italienischen Sozialisten der Vorkriegszeit und Vertreter des linken Flügels derselben, den Chefredakteur der nach dem SPD-Blatt *Vorwärts* benannten Parteizeitung *Avanti*, nämlich *Benito*

---

[15] S. etwa im 1915 veröffentlichen Werk des maßgeblichen SPD-Reichstagsabgeordneten *Eduard David*, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, S. 185: „Das (Ideal des Weltfriedens, *Anm*.) schwebt auch denen vor, die da behaupten, wir „Nationalsozialisten“ hätten mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, ´die Grundsätze der Internationale mit Füßen getreten.`“

[16] S. dazu vor allem: *Dieter Dowe* / *Klaus Tenfelde*, Zur Rezeption Eugen Dührings in der deutschen Arbeiterbewegung in den 1870er Jahren, in: *Wissenschaftlicher Sozialismus und Arbeiterbewegung, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, Nr. 24, Trier 1979.

[17] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch

[18] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schumacher

[19] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Plenge_(Soziologe) und https://en.wikipedia.org/wiki/Johann_Plenge (engl.).

[20] S. vor allem: *Johann Plenge*, Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1915.

[21] Eine überzeugende Kritik an der Konzeption des sozialdemokratischen Kriegssozialismus aus marxistischer Seite findet sich bei *Willy Huhn*, Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von *Ralf Walter*, 2003.

[22] S. zuletzt: *Ralf Georg Reuth*, Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit, 2009.

Mussolini,[23] stellte diese SPD-Entscheidung einen Schock dar,[24] der bei ihm schnell zur Erkenntnis führte, daß der Sozialismus nur national bzw. nationalistisch zu begründen war.

Man mußte dazu den marxistischen Gedanken des Klassenkampfes durch Erfindung der „proletarischen Nation" internationalisieren und konnte damit den Kriegseintritt als Klassenkampf befürworten. Der Weltkrieg wurde dadurch zur Weltrevolution. Zugleich wurde dabei die Arbeiterklasse als Agens des sozialistischen Fortschritts durch die Nation ersetzt, deren Kern jedoch der Arbeiter blieb. Dessen sozialistisches Klassenbewußtsein konnte dabei zur Vorform des wirklichen Nationalbewußtseins erklärt werden, erstrebte doch der sozialistische Klassenkampf keine weitere Klassengesellschaft, sondern deren Überwindung in einer „Volksgemeinschaft", die dann sowohl sozialistisch als auch nationalistisch begründet werden kann: „Volksgemeinschaft" ist dabei ein wohl ebenfalls von *Plenge* geprägter, zumindest von ihm popularisierter Begriff, welcher zwischenzeitlich vom Bundesverfassungsgericht als Menschenwürdeverstoß erkannt worden ist.[25] Der Gedankengang, der mit dem „Augusterlebnis" von 1914 seinen Ausgang genommen hatte, ist mit dem Begriff „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" (NSDAP) gut zum Ausdruck, ja gewissermaßen zum Abschluß gebracht: die Arbeiterklasse wird als Agens des Fortschritts durch die (proletarische) Nation abgelöst, deren Kern jedoch der Arbeiter blieb.

Bundesdeutsche Ideologiepolitik

Die bundesdeutschen Ideologiezentralen wie die von Anhängern der etablierten politischen Strömungen kontrollierten Museen und politische Bildungseinrichtungen hatten sich anscheinend - den vorliegend behandelten Komplex allerdings weitgehend verdrängend - intensiv auf das Gedenken an den Ersten Weltkrieg zum 100. Jahrestag insbesondere 2014 vorbereitet. Der Absicht, die bundesdeutsche Untertanenmentalität gegenüber dem siegreichen und damit moralisch höherwertigen Westen durch Anerkennung der aus dieser Sicht nur allzu berechtigten deutschen Verliererstellung zu zelebrieren, hat allerdings ein australischer Historiker einen Strich durch die zivilreligiöse Rechnung gemacht,[26] obwohl es dabei zu einem „Freispruch" gar nicht gekommen ist. Wenn die Zeitschrift *Das Parlament* schon in der Ausgabe vom 30.12.2013 auf Seite 1 zur impliziten Abwehr des vom Australier drohenden ideologiepolitischen Unheils die Losung ausgegeben hat: „Nicht an den Nationen ist Europa 1914 gescheitert, sondern an autoritären Mächten, die sie beherrschten,"[27] dann wird - unterstützt mit der Wiedergabe einer Karikatur, die einen Vertreter des aggressiven deutschen und österreichischen Militärs (und nicht etwa des russischen, um von einem des natürlich friedliebenden kolonialerfahrenen französischen ganz zu schweigen) abbildet - damit folgende Parole der bundesdeutschen Geschichtspolitik ausgegeben: Deutschland hat „trotzdem" mehr „Schuld" und zwar deshalb, weil es autoritärer als etwa das republikanische Frankreich regiert wurde. Aufgrund seines republikanischen Charakters, der übrigens auf den dann wohl als befreiend anzusehenden militärischen preußisch-deutschen Sieg von 1871 zurückgeht, war die französische Republik danach im sicherlich als besonders demokratisch

---

[23] S. https://en.wikipedia.org/wiki/Benito_Mussolini (die englischsprachige Fassung sei bei allen ideologiepolitisch, also VS-politologisch relevanten Themen anstelle der deutschsprachigen Fassung empfohlen).

[24] Die beste Darlegung hierzu findet sich bei *A. Mirgeler*, Der Faschismus in der Geschichte des modernen Staates. Die Selbstdeutung Mussolinis und seiner Mitarbeiter, in: *Saeculum* 1955, S. 84 ff.

[25] S. dazu den 27. Teil der Serie zur Parteiverbotskritik: **Menschenwürde als Feinderklärung gegen den deutschen Charakter der Bundesrepublik? Bemerkungen zum verfassungsgerichtlichen Nichtverbot mit Verbotswirkung** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/04/VerbKrit27.pdf

[26] S. *Christopher Cla*rk, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, dt. Fassung 2013.

[27] http://www.das-parlament.de/2014/01-03/Titelseite/48462047.html (wohl nicht mehr abrufbar).

einzustufenden Bündnis mit dem russischen Despotismus berechtigt, den Krieg solange zu führen und Friedensverhandlungen zu verweigern, bis die Revolution in Deutschland gesiegt hat, um dann ganz unautoritär und natürlich besonders demokratisch der deutschen Republik einen ruinösen Friedensvertrag aufzuerlegen (obwohl doch der dann abgelöste deutsche „Kaiserismus“ für den Krieg verantwortlich gewesen sein soll).

Gestützt auf diesen Vertrag sollten die Franzosen dann 1923 in das Reichsgebiet einmarschieren, womit im Prinzip ein wesentlicher Schritt zu einem Zweiten Weltkrieg gemacht wurde, was deutlich geworden wäre, wenn die Deutschen der französisch-belgischen Invasion nicht pazifistisch durch ruinöse Inflationspolitik, sondern militärisch entgegengetreten wären. Zumindest wird damit der Charakter des Friedensdiktats von Versailles als Art Waffenstillstandsvertrag deutlich, welcher einen künftigen zweiten Weltkrieg antizipierte.

Realpolitisch machte zudem der aktuell ausgebrochene Konflikt um die Ukraine der bundesdeutschen Ideologiepolitik ebenfalls einen Strich durch die zivilreligiöse Rechnung. Man ruft 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen wertedemokratischen Ersatzkrieg („Sanktionen“) gegen Rußland aus und muß diesen ähnlich begründen wie die deutsche Reichsleitung (Regierung) im Jahr 1914 den Krieg als Verteidigungsmaßnahme gegen russische Expansionsbestrebungen. Dabei wird bei der Risikoeinschätzung hinsichtlich der möglichen Folgen der Erklärung des Kriegsgefahrzustands bzw. von „Sanktionen“ von Vermutungen ausgegangen, die möglicherweise zutreffend sind, aber sich im Nachhinein als unzutreffend oder zumindest übertrieben herausstellen könnten, die aber ein bestimmtes rechtzeitiges Handeln gebieten, wenn sie zutreffend sein sollten: Die russische und französische Zurückweisung der deutschen Ultimaten vom 1.08.1914, wonach Rußland seine Mobilmachung beenden und Frankreich seine Haltung erklären sollte, konnte im Kontext der Zeitumstände nur zur Schlußfolgerung führen, daß ein Angriff bevorstehe, was rasches Handeln erforderlich machte: Deutschland mußte verteidigt werden.

Diese Einschätzung wird durch plausible Darlegungen als berechtigt bestätigt, die Rußland die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges zuschreiben,[28] was ja auch ideologiepolitisch für den BRD-VS passend wäre, weil Rußland eben das autoritärste politische Regime Europas dargestellt hatte. Allerdings mußte der BRD-Ideologiepolitik zuwider auch die Problematik einer wesentlichen Kriegsschuld des Rußland-Verbündeten Frankreich[29] diskutiert werden. Selbst wenn diesen Bewertungen entgegengetreten werden könnte, so ist für die deutsche Ideologiepolitik festzuhalten, daß man sich in der bundesdeutschen „Erinnerungskultur“ mit derartigen Einschätzungen kaum auseinandersetzt, obwohl gerade bundesideologisch diese Einschätzung zwingend sein müßte, da Rußland erkennbar erheblich autoritärer als Deutschland regiert worden ist, so daß man gerade aufgrund der Prämissen der BRD-Geschichtspolitik Rußland als Hauptschurken ansehen müßte (was im übrigen auch hinsichtlich der Konstellation des Zweiten Weltkriegs zutrifft!). Oder ist das seinerzeitige

[28] S. *Sean McMeekin*, The Russian origins of the First World War, 2011, s. derselbe: July 1914 Countdown to war, 2013: „Er beweist, daß es vor allem russische und französische Interessen waren, die die Welt in die Katastrophe stürzten … Während die meisten Experten den Ausbruch des Kriegs dem deutschen und österreichisch-ungarischen Militarismus anlasten, belegt der renommierte Historiker Sean McMeekin mit neuen Quellen, daß die aggressivsten Kriegstreiber aus Rußland und Frankreich stammten. Neben dem österreichischen Außenminister von Berchtold und dem deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, versuchten der russische Außenminister Sasonow sowie der französische Präsident Poincaré aus der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand Kapital zu schlagen“ (so in der Ankündigung des Buches).

[29] S. dazu den Beitrag im Magazin *Focus*: http://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/erster-weltkrieg/erster-weltkrieg-frankreich-und-der-ausbruch-des-ersten-weltkrieges-grande-nation-mit-grosser-schuld_id_6208851.html

Rußland bundesideologisch vom Vorwurf freizustellen, weil es mit dem tollen republikanischen Frankreich verbündet war?

Auch im Zusammenhang mit den aktuellen Ersatzkriegsmaßnahmen gegen Rußland spielt dieser Aspekt der russisch-französischen Kriegsverantwortung natürlich keine Rolle, da derartige Überlegungen ja Verständnis für die seinerzeitige deutsche Haltung wecken könnten, was aber den ideologie-politischen Losungen, die dem Deutschen Reich von Verfassungsschutz wegen die Rolle des Hauptschurken, wenn nicht gar des alleinigen Schurken entsprechend den offensichtlich auch ideologie-politisch verpflichtenden „Erkenntnissen" des Versailler Friedensvertrags zuschreiben, „relativeren" könnten: wenngleich diesbezüglich noch kein bundesdeutsches strafrechtliches Relativierungs- oder gar Leugnungsverbot existiert, auch wenn ein geheimdienstliches - „Verfassungsschutz-überwachung" - nicht mehr ausgeschlossen werden kann.[30]

Bewilligung der Kriegsfinanzierung durch die Sozialdemokratie

Wie wenig überzeugend die Losung der auf einen ehemaligen Nazi,[31] nämlich *Fritz Fischer*,[32] zurückgehende sozialismusaffine BRD-Geschichtsideologie im übrigen ist, kann man derselben Seite der genannten Bundeszeitung entnehmen, wo *Matthias Erzberger*[33] als „Anfang der Demokratie" gewürdigt wird, dabei aber immerhin darauf hingewiesen ist, daß dieser Politiker der (katholischen) Zentrumspartei anfangs für einen „Siegfrieden" eingetreten war. Dies dürfte andeuten, daß ein Deutsches Reich, bei dem nicht nur die Kriegsfinanzierung parlamentarisch beschlossen werden mußte, sondern auch die Zusammensetzung der als „Reichsleitung" bezeichneten Reichsregierung, nicht unbedingt weniger „militaristisch" gewesen wäre. Ein guter Indikator hierfür ist die in Deutschland seit 1874 freie Presse -, die sich wie in anderen Staaten,[34] im Zweifel zugunsten der militärischen Option ausgesprochen hat: „Die `Kriegsvorbereitung` durch die Presse geschah … eher indirekt: Die Zeitungen haben nicht *positiv* den Krieg offen befürwortet, sondern *negativ* die Alternativen verneint und so eine Ausweglosigkeit der Lage herbeigeführt, die nur noch den Krieg als letztes Mittel zuließ. Sie haben ihn zumindest mittelbar befürwortet."[35] Damit wurde im Ergebnis für das Kriegsrisiko plädiert.[36]

Gerade die „öffentliche Meinung", also das demokratische Element der damaligen Verfassungsordnungen begünstigte danach den Kriegsausbruch! Dabei ist noch zu

---

[30] Derartiges findet sich in den veröffentlichten geheimdienstlichen Vorwürfen gegen die SWG; s. dazu das Gutachten des Verfassers: **Gedankenpolizeilicher Verfassungsschutzextremismus in Hamburg** https://www.swg-mobil.de/wp-content/uploads/2024/01/SWG-Gutachten-Digital.pdf

[31] S. dazu den in der linksgerichteten Wertung verharmlosenden Wikipedia-Eintrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Fischer_%28Historiker%29

[32] S. *Fritz Fischer*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18, Droste, Düsseldorf 2000 (Nachdruck der Sonderausgabe 1967, erstmals erschienen 1961).

[33] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Matthias_Erzberger

[34] S. dazu die Einschätzung des Historikers *Klaus Hildebrandt*: „Ja, in wohl allen Ländern war die Öffentlichkeit durchweg kriegerischer gesonnen als die jeweils Regierenden", Julikrise 1914: Das europäische Sicherheitsdilemma. Betrachtungen über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1985, S. 469 ff., 495.

[35] So die umfassende Studie von *Bernhard Rosenberger*, Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, 1998, S. 327.

[36] Letztlich beruhten die Entscheidungen, die zum Krieg führten, auf einer falschen Einschätzung des Kriegsrisikos, s. dazu schon die Ausführungen von *Egmont Zechlin*, Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg, 1979; davon hier unmittelbar einschlägig: Bethmann-Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, S. 64 ff.

berücksichtigen, daß die auf Anhieb durchaus als pazifistisch einzustufende zeitgenössischen Grundstimmung mit ihrem starken Zukunftsoptimismus eher die Bereitschaft, dieses Kriegsrisiko einzugehen, begünstig hat. Der Krieg schien überwiegend nicht denkbar zu sein, waren doch alle vorausgegangenen Krisen, die durchaus zahlreich und nicht ungefährlich waren, diplomatisch gelöst worden, so daß man glaubte, erhöht mit dem Kriegsrisiko als diplomatischem Mittel spielen zu können. Übersehen worden ist, daß dann bei diesem Spiel wie auch bei Erklärung von Sanktionen (Kriegsersatzmaßnahmen), leicht ein Zustand erreicht wird, bei dem man glaubt, konsequent sein und zur nächsten Eskalationsstufe schreiten zu müssen. Auch wenn dies bundesideologisch anders gesehen wird: Die Demokratisierungs-tendenzen der Zeit vor dem 1. Weltkrieg haben die Kriegsbereitschaft eher erhöht, insbesondere weil der Druck der öffentlichen Meinung der Regierung ein Abstandnehmen von der nächsten Eskalationsstufe erschwert hat, nachdem sich zunächst die Kriegserwartung, wenn nicht gar -bereitschaft aufgebaut hatte.

Für diese Einschätzung kann vor allem die parlamentarische Zustimmung der bekanntlich aus freien Wahlen hervorgegangenen Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie für die Kriegsfinanzierung vom 4. August 1914 angeführt werden, worauf maßgeblich zurückzuführen ist, daß „sich im August 1914 überall auch in breiten Teilen der Bevölkerung eine Stimmung der Kriegsbereitschaft und der nationalen Pflichterfüllung, wenn auch nicht der Kriegsbegeisterung, durchsetzte“[37] und womit der Weltkrieg eine demokratische Absicherung erhielt: Gilt doch die Sozialdemokratie, wie zuletzt anläßlich der 150. Jahrfeier der Gründung der SPD als Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (AVD) amtlich zelebrierend hervorgehoben wurde,[38] als Verkörperung der deutschen Demokratie. Letztlich ausschlaggebend für die Zustimmung der SPD zum Weltkrieg dürfte gewesen sein, daß kurz zuvor alle 100 Abgeordneten der Sozialisten in der Französischen Nationalversammlung, dem Parlament einer parlamentarischen Republik, für den „Verteidigungskrieg“ gestimmt hatten.[39]

Dabei hatten die Franzosen im Rahmen der Sozialistischen Internationale schon klargemacht, daß sie im Falle eines Krieges das Deutsche Reich als „schuldig“ ansehen würden; d.h. gerade die progressive Richtung des französischen Erbfreundes hatte so etwa wie einen Versailler Friedensvertrag bei vorauszugehenden Verfassungsumsturz in Deutschland zumindest in der Tendenz von vornherein als Kriegsziel angestrebt. In einer nachvollziehbaren Weise verwahrte man sich bei der SPD gegenüber den Zumutungen der französischen Sozialisten, „sie (die SPD, *Anm.*) solle den feindlichen Armeen die Arbeit durch eine Revolution im Innern des Landes erleichtern“, was aber „den Erwartungen, die die französischen Sozialisten von Anfang an gehegt hatten“(!)[40] entsprach. „Dieselben französischen Sozialisten, die sich bemühten, die *russischen* Arbeiter zu veranlassen, Burgfrieden und Kampfgemeinschaft mit dem Zaren zu schließen, muteten uns zu, wir sollten unserer, das Vaterland verteidigenden Armee in den Rücken fallen. So sehr hatte das Bündnis mit dem Zarismus ihren Geist verwirrt.“[41] Also aus Sicht der damaligen SPD: Ihre französischen Genossen wollten den Bürgerkrieg in Deutschland, damit das zaristische Rußland leichter gegen Deutschland marschieren könnte: Schnappatmung bei der sozialisierten Meinungsbildung und bei den geschichtsideologisch ausgerichteten BRD-Inlandsgeheimdiensten!

---

[37] S. *Oliver Janz*, 14 - Der Große Krieg, 2014, S. 195.
[38] S. dazu den relativierenden (und damit sicherlich „verfassungsfeindlichen“) 3. Beitrag zur vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Zur Bewältigungsbedürftigkeit der Sozialdemokratie** http://links-enttarnt.net/?link=kommentare&id=83
[39] S. *Janz*, a. a. O., S. 198.
[40] S. *David* (MdR), a.a.O., S. 147.
[41] S. ebenda, S. 147 f.; Hervorhebung vom Original übernommen.

Dabei sollte nicht verkannt werden, daß es bei den französischen Sozialisten eine äußerst SPD-skeptische Haltung[42] gab, welche „Neo-Lassallesche Tendenzen" feststellte,[43] womit insbesondere wohl nationalistisch motivierte Kriegsbereitschaft gegen Frankreich gemeint war; eine Position, die im übrigen neben *Lassalle* auch *Friedrich Engels* für den Fall akzeptiert hatte, wenn - wie geopolitisch, jenseits von Ideologiepolitik als vielleicht außenpolitisch maßgebender in der Tat absehbar[44] - Frankreich im Bündnis mit Rußland handeln sollte.

> „Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaisertum *kann* die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des russischen Zaren repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution. Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Tod und Leben, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die Sozialdemokratische Partei."[45]

Die Zustimmung der europäischen Sozialisten zur Kriegsführung ihrer Staaten mag auf Anhieb überraschen und bleibt ideologie-politisch bei Anwendung der Prämissen der VS-gestützten deutschen „Bewältigung" ein Rätsel, weil die in der Sozialistischen Internationale verbundenen Sozialisten, d.h. die damals noch vereinten Sozialdemokraten / Sozialisten und Kommunisten, zuvor voll auf den Pazifismus gesetzt und dementsprechend überall Anti-Kriegs-Demonstrationen durchgeführt hatten. Der als plötzlich erscheinende Wechsel von dieser pazifistischen Politik zur Kriegsunterstützung wird von linken Kritikern in der Regel als „Verrat" kritisiert[46] oder selbstkritisch damit erklärt, daß die Sozialisten sich vom Nationalismus hätten überwältigen lassen,[47] weil dieser in der Arbeiterschaft über den Sozialismus gesiegt hätte.

Diesbezüglich wird in sozialistischen Kreisen[48] in Übereinstimmung mit dem maßgeblichen italienischen Sozialisten und angehenden Faschisten *Mussolini* immer noch der SPD verantwortlich gemacht, da sie wegen ihrer Hinwendung zum deutschen Nationalismus die

---

[42] S. Die Schrift des Hauptvertreters dieser Richtung: *Charles Andler*, Le Socialisme Impérialiste dans L´Allemagne contemporaine. Dossier d´une Polémique avec Jean Jaurès, Paris 1912; der SPD-Gründer *Lassalle* war in der Tat durchaus für einen deutschen Krieg gegen Frankreich gewesen!

[43] S. *Georges Haupt*, Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International, 1972, S. 114.

[44] S. dazu den 1. Teil der Serie zur Außenpolitik auf dieser Website: **Wesen und Grundsätze der Außenpolitik – ein Versuch über den Staatenkreis des Kautilya**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2022/02/Aussenpolitik1.pdf

[45] S. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1891/10/sozdeut.htm

[46] S. etwa die Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; hg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Teil 1, 1965, S. 289: „Die Bewilligung der Kriegskredite ist ein direkter Verrat an der Arbeiterklasse und der Nation, am proletarischen Internationalismus und am Sozialismus;" in diesem Sinne auch der angeführte *Spiegel*-Beitrag.

[47] Eine besonders amüsante Erklärung findet sich bei *Erich Ollenhauer* im Vorwort der Festschrift zum 100. SPD-Gründungstag: „Im Zeitalter der Massen konnte sich kein einzelner und keine Organisation, und wäre sie noch so stark gewesen, den dunklen Strömungen entziehen, auf denen das Schicksal der Völker dahintrieb."

[48] S. dazu etwa die Aufsatz von *William H. Maehl*, The triumph of Nationalism in the German Socialist Party on the Eve of the First World War, in: *Journal of Modern History*, 1952, S. 15 ff.

Hauptschuld am Zusammenbruch der Sozialistischen Internationale trage,[49] welche sich als die wesentliche Kraft zur Verhinderung eines Krieges hätte herausstellen können, wenn nur die SPD nicht versagt hätte. Ihre Weigerung, einer Resolution der Internationale zuzustimmen, welche die sozialistischen Parteien zu einem politischen Generalstreik, wenn nicht gar zur Revolution zugunsten eines angegriffenen Staates verpflichtet hätte (d.h. die SPD hätte für die trotz ihres Bündnisses mit der russischen Despotie als „friedlich" anzusehenden und damit zur „Verteidigung" berechtigten Französischen Republik in Deutschland, das aufgrund des „Kaiserismus" naturgemäß aggressiv sein mußte, Revolution machen müssen), sei dabei als Hauptursache für den Zusammenbruch der Internationale und damit für den Krieg auszumachen! Frage: Wie hatte die SPD bei derartigen internationalen „Parteifreunden" glauben können, durch rechtswidrigen Verfassungsumsturz einen Versailler Friedensvertrag abwenden zu können? Daß sie daran nicht wirklich geglaubt hat, kann folgenden Feststellungen entnommen werden: „Das einzige Tageblatt der englischen modernen Arbeiterbewegung, der „Daily Citizen", hat sich gelegentlich geradezu als chauvinistisches Hetzblatt gebärdet mit seinen Äußerungen gegen die deutschen „Barbaren", diese „Schädlinge am Baume der Menschheit", die erbarmungslos zu vernichten seien. In dasselbe Horn hat auch der „Clarion", ein Organ des Bundes der Fabier, gestoßen. Dort besonders Robert Blatchford, der sich als Verfasser zahlreicher, populärer sozialistischer Schriften einen Namen gemacht hat, Musterleistungen gehässiger Angriffe gegen die Deutschen verbrochen. Er nennt uns eine „Rasse militaristischer Banditen" und spricht von der Wildheit des kriegstrunkenen deutschen Volkes."[50] Die Sozialisten der Westmächte hatten ihre demokratisch motivierten Kriegsgründe, welche geradezu zu einem Versailler Vertrag drängten. Dagegen durfte man sich auch als deutscher Sozialdemokrat sicherlich verteidigen.

Erklärungsbedürftig: Sozialistischer Pazifismus

Anders als im offiziösen „Diskurs", dem die parlamentarische Zustimmung der Sozialisten zur Kriegsfinanzierung erklärungsbedürftig ist, erscheint dem Verfasser der vorliegenden Abhandlung jedoch eher der vorausgegangene Pazifismus erklärungsbedürftig, welcher üblicherweise unreflektiert positiv bewertet wird, obwohl er eine entscheidende Rolle bei der Bereitschaft, das Kriegsrisiko einzugehen, gespielt hatte. Dieser sozialistische Pazifismus widerspricht nämlich grundlegend der marxistischen Parteiideologie der Sozialdemokratie, die doch von der Unvermeidbarkeit der Revolution ausgegangen ist, welche wiederum durch einen umfassenden Krieg begünstig, wenn nicht gar garantiert sein würde. Daher war dieser Krieg von Karl Marx für notwendig befunden worden, welcher deshalb nahezu im Jahresrhythmus den großen europäischen Krieg herbeigesehnt hatte, in der Weise wie dies seiner Äußerung aus dem Jahr 1874 zu entnehmen ist: „Die europäischen Zustände sind derart, daß sie mehr und mehr zu einem allgemeinen europäischen Krieg drängen. Wir müssen da durchgehn, bevor an irgendeine entscheidende äußere Wirksamkeit der europäischen Arbeiterklasse zu denken ist."[51]

Berühmt ist diesbezüglich die häufig - und durchaus berechtigt - als „weitsichtig" eingestufte Einschätzung von *Friedrich Engels* von 1887:

---

[49] S. dazu den Beitrag einer sozialistischen Website von 2004:
https://www.wsws.org/de/articles/2004/08/4aug-a04.html

[50] S. *David* (SPD-MdR), a.a.O., S. 132 f.

[51] Zitiert bei *Konrad Löw*, Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels - Die Väter des Terrors,1999, S. 207 (dieses Buch sei dem Leser empfohlen, welcher nicht genügend Zeit hat, sich durch die dicken Wälzer der sozialistischen Klassiker zu quälen - und es ist wirklich eine Qual, sich die Lektüre dieser Klassiker antun zu müssen).

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Betriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Duzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sie findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie dies alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat ist absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.“[52]

Ein überzeugter Marxist mußte daher den Krieg wollen. Dementsprechend sahen „manche Führer und Vordenker der sozialistischen Arbeiterbewegung in einer seltsamen Mischung aus Faszination und Schrecken im Krieg einen Geburtshelfer der Revolution.“[53] Der maßgebliche österreichische Sozialdemokrat *Otto Bauer* erklärte etwa 1908, daß der künftige imperialistische Krieg die Revolution bringen würde: Und das war sozialistische Standarddoktrin![54] Die sozialistischen Parteiideologen teilten dabei auf ihre Art die in der Vorkriegszeit durchaus unter Intellektuellen und Künstlern weit verbreitete Stimmung,[55] daß der erwartete und ersehnte Krieg eine erlösende Kraft[56] entfalten würde.[57] Dieser Krieg würde Demokratie, Sozialismus und all die schönen Dinge mit sich bringen, die ja tatsächlich als Kriegsfolge eintreten sollten, dann allerdings doch nicht so schön waren, wie man sich dies erträumt hatte. Diese Wahrscheinlichkeit war auch intelligenteren Mitgliedern der maßgeblichen Kreise, zu denen eindeutig Reichskanzler *v. Bethmann-Hollweg*[58] gehörte, klar, die deshalb einen Krieg zu vermeiden suchten, weil dieser die Macht der Sozialdemokratie entscheidend steigern und manche Throne zum Einsturz bringen würde.[59]

Daß die große Mehrheit in der Internationale trotz der Übernahme der marxistischen Kriegstheorie, die den Krieg als eine unvermeidliche Erscheinung des kapitalistischen Systems,[60] letztlich aber als Geburtshelfer der sozialistischen Revolution ansah, sich dem

---

[52] Vorliegend zitiert nach *Ferguson*, a. a. O., S. 40 f.; sowie bei *Janz*, a. a. O., S. 38 f.
[53] S. *Janz*, ebenda.
[54] S. bei *Roland N. Stromberg*, Redemption by War. The Intellectuals und 1914, S. 119.
[55] Zwischenzeitlich war dies als neueste Erkenntnis offiziell entdeckt und zum Gegenstand einer Ausstellung in der Bundeskunsthalle gemacht worden: **1914 Die Avantgarden im Kampf**; zur Tatsache, daß diese Kriegssehnsucht, die angesichts der freien Presse sicherlich auch die Mentalität der politisch-militärischen Entscheidungsträger beeinflußt hat, schon vor dieser quasi-amtlichen Erkenntnisse erkannt werden konnte, s. etwa *Joes Segal*, Krieg als Erlösung. Die deutschen Kunstdebatten 1910-1918, 1997.
[56] S. dazu grundlegend: *Stromberg*, a.a.O.; insbesondere auf Kapitel 6: „La Patrie Est en Danger“: Socialism and War in 1914, S. 107 ff. ist für die vorliegende Thema einschlägig.
[57] S. auch den Aufsatz im P.M.-Heft *History* 06 / 2013, von *Simone Kaempf*, S. 54 ff. Sanatorien und Stahlgewitter. Warum viele Schriftsteller die Wilhelminische Zeit verachteten - und einen baldigen Kriegsausbruch forderten.
[58] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Theobald_von_Bethmann_Hollweg
[59] S. *Ferguson*, a. a. O., S. 64.
[60] In der Resolution des Stuttgarter Kongresses der Sozialistischen Internationale von 1907 ist dazu ausgesagt: „Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt; denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete nicht nur zu

Pazifismus und der Kriegsverhinderung verschrieb, kann als bemerkenswerte Diskrepanz von Theorie und Praxis ausgemacht[61] und nur psychologisch damit erklärt werden, daß bei der Abwägung Krieg / Revolution letztere doch noch irgendwie gerechtfertigt werden könnte, welche ansonsten angesichts des zunehmenden Wohlstands der arbeitenden Schichten und der Verbesserung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse nicht mehr zu rechtfertigen war. Diese Diskrepanz von eigentlich revolutions- und damit auch kriegsorientierem Marxismus und „revisionistischer" - eigentlich: opportunistischer - Praxis, welche seit etwa 1909 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der marxistischen Linken und den „orthodoxen" Marxisten unter Führung des SPD-Chefideologen *Karl Kautsky* führte, drängte auf eine Lösung. Das Dilemma wurde vom Parteizentrum ideologisch in der Weise gelöst, daß man den Krieg nicht als imperialistische Auseinandersetzung, sondern als Verteidigungsmaßnahme definierte: „Das erlaubte es, die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Hierzu trat die weit verbreitete Hoffnung, der Krieg, der ohne Massen nicht zu führen war, werde zu einer Demokratisierung der Nation und zu einer Aufwertung der Arbeiterbewegung führen."[62] Dabei spielte die von den Franzosen von Anfang aufgeworfene Frage der „Kriegsschuld" keine Rolle, weil völlig unabhängig davon der Krieg aufgrund objektiver Gesetzmäßigkeiten ausgebrochen war und es nunmehr galt, die Landesverteidigung durchzuführen: „Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel"[63] - so die offizielle Begründung der SPD-Reichstagsfraktion für die parlamentarische Bewilligung der Kriegskredite. Mit dieser Logik mußte allerdings letztlich jeder Krieg, aus welchem Anlaß auch immer herbeigeführt als „Verteidigungskrieg" gelten; denn verläuft der Krieg unglücklich, dann drängt der Feind ins Land, er will erobern, unterjochen und Kontributionen auferlegen.

Dies erwartete die deutsche Sozialdemokratie vor allem vom Zarismus, also von der „russischen Despotie", mit der sich der französische Republikanismus aus einer ähnlichen Befürchtung hinsichtlich des „preußischen Militarismus", verbündet hatte. Dieses demokratietheoretisch - und für die bundesdeutsche Ideologiepolitik - bemerkenswerte Bündnis wurde von französischen und auch russischen Sozialisten damit begründet, daß Rußland mit dem größten Revolutionspotential schwanger ging, so daß gerade davon das Zeitalter des Sozialismus ausgehen konnte, eine Chance, die es gegen den „deutschen Militarismus" - unter Einschluß eines „preußischen Sozialismus" nach Art der SPD wohlgemerkt! -, zu „verteidigen"[64] galt. Für die deutschen Sozialisten und der extremen russischen Linken, die als einzige die Niederlage ihres Landes wünschte, konnte der Krieg dagegen die alte Maßgabe von *Marx* und *Engels* erfüllen, Europa vom „Hort der Reaktion" zu befreien: „Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer, träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit", so schon

---

sichern, sondern auch neue zu erobern... Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist; zitiert bei *Ferguson*, a. a. O., S. 66.

[61] S. dazu *Agnes Blänsdorf*, Die 2. Internationale und der Krieg 1914-1918, Teil I: 1914-1917, 1974, S. 22 f.

[62] S. *Janz*, a. a. O., S. 198.

[63] S. *Janz*, ebenda.

[64] Im Einzelnen ist dies detailliert dargestellt bei *Stromberg*, a. a. O.; dabei hatten sich auch amüsante Verrenkungen ergeben, wie etwa, daß die französischen Sozialisten plötzlich den demokratischen Charakter des russischen Bauerntums entdeckten; s. ebenda, S. 149.

die Maßgabe von *Marx*[65] aus dem Revolutionsjahr 1848! Auch für *Engels* waren revolutionäre Demokratie für Deutschland, d.h. Sozialismus und Krieg gegen Rußland untrennbar verbunden.[66]

Letztlich wurde damit der Erste Weltkrieg aus sozialdemokratischer Sicht im Interesse der Demokratie und der Demokratisierung geführt, eine Erwartung, die sich ja durchaus erfüllen sollte. Die Sozialisten glaubten, „die Eigendynamik des Krieges, der ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht zu führen war, werde unweigerlich Reformen nach sich ziehen und die innenpolitische Stagnation des Reiches aufbrechen. Erwartet wurde vor allem die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen, das als entscheidendes Hindernis für den Übergang zur parlamentarischen Demokratie angesehen wurde. Durch Kooperation und Integration, so das Kalkül, werde die Sozialdemokratie ihre bisherige Diskriminierung überwinden, sich als Partner bürgerlicher Parteien etablieren und den Weg zur Macht und zur Demokratisierung des Reiches ebnen. So ersetzte in den Augen vieler Sozialdemokraten der Krieg die Revolution.“[67] Sollte der Krieg negativ ausgehen, würde sich entsprechend der Prophezeiung von *Marx* und *Engels* die Weltrevolution wie von selbst ergeben. Die Vertreter der (Mehrheits-)Sozialdemokratie legten deshalb auch großen Wert auf die Feststellung, daß der deutsche (Verteidigungs-)Krieg nach den Prämissen des Marxismus zu rechtfertigen war, zumal auch die Mehrheit der SPD-Parlamentarier im Norddeutschen Reichstag der Kriegsfinanzierung 1870 zugestimmt hätte, wobei sich die damals ablehnende, aber minoritäre Haltung des angehenden Parteiführers *Bebel* als falsch herausgestellt hätte.[68]

Die Risikobereitschaft, einen Weltkrieg auf sich zu nehmen, hatte daher eine maßgebliche demokratische und sozialistische Motivation, welche der bundesdeutschen sozialismusaffinen und VS-gestützten Ideologiepolitik völlig entgeht. Diese würde sich nämlich dann gezwungen sehen, sich zu dem - im Kontext bestehender Konfliktrisiken allerdings erhellenden - Bekenntnis durchzuringen, daß im Interesse der Demokratie ein derartiges Kriegsrisiko zu rechtfertigen ist. Dabei würde sich dann aber die „Schuldfrage“ als unerheblich darstellen, es sei denn, man ringt sich gleichzeitig zu der Parole durch, daß die „Kriegsschuld“ dann eben darin bestünde, weniger demokratisch als die Kriegsgegner gewesen zu sein (um dabei demokratischeren Staaten immer Recht zu geben, insbesondere das Recht zur Kriegsführung gegen weniger demokratische Staaten): Bei konsequenter Handhabung dieser Parole kommt man aber nicht herum, das Kaiserreich Rußland, gefolgt vielleicht von Österreich-Ungarn (dem kakanischen Sissi-Land), als Hauptschuldigen festzumachen, wobei das bei ideologischer Bewertung eigenartige Bündnis mit der russischen Despotie seitens Frankreich und Großbritannien letztere zu weiteren Schuldigen vor dem Deutschen Reich machen müßte!

Damit dürfte die Motivationslage der zeitgenössischen deutschen Sozialdemokratie, die dem propagierten Pazifismus zuwider - oder ihm dann vielleicht sogar entsprechend! - zur Zustimmung zur Kriegsfinanzierung geführt hat, hinreichend ermittelt sein.

Deutscher sozialistischer Krieg gegen den Kapitalismus

Allerdings ergab sich bei dieser Kriegskonstellation ein besonderes ideologisches Dilemma der Sozialdemokratie, was dem generellen Dilemma einer einerseits ideologisch marxistisch ausgerichteten Partei entsprach, welche andererseits trotz Marxismus für die parlamentarische

[65] Zitiert bei *Löw*, a. a. O, S. 67.
[66] S. dazu ein entsprechendes Engels-Zitat bei *Löw*, a. a. O., S. 68.
[67] S. *Janz*, a. a. O., S. 199.
[68] S. *David* (MdR), a.a.O., S. 26 ff.

Demokratie einzutreten schien - wobei allerdings umstritten bleibt,[69] ob als Selbstzweck oder als Durchgang zum Sozialismus entsprechend der später vom (National-)Sozialisten *Hitler* gepflegten „Legalitätstaktik“: Der Gesichtspunkt der mehr innenpolitisch ausgerichteten demokratietheoretischen Perspektive schien sich über den zu Beginn des Krieges ausgerufenen „Burgfrieden“[70] und die sich dabei abzeichnende Integration der Sozialdemokratie in das politische System des Deutschen Kaiserreichs mit Kriegsausbruch zu bestätigen: So durfte etwa das SPD-Parteiblatt *Vorwärts* wie andere Zeitungen an Bahnhöfen und im Heer verkauft werden.[71] Jedoch konnte sich der „russische Despotismus“ als Hauptfeind der deutschen Sozialdemokratie, welcher mit einem kulturellen Überlegenheitsanspruch bekämpft wurde, der an Rassismus grenzte,[72] trotz entsprechender Parolen von *Marx* und *Engels* nicht wirklich in das marxistische Klassenkampfschema einordnen. Die Klassenkampfkonzeption richtete sich ja sozialistisch gegen den Kapitalismus. Um den Weltkrieg wirklich als Weltrevolution ansehen zu können, bedurfte es dementsprechend eines anderen Feindbilds als die eher noch vorkapitalistische russische Despotie: Das „kapitalistische“ England wurde dabei zumindest von einer speziellen Richtung innerhalb der SPD zum sozialdemokratischen Hauptfeind erklärt, gegen welches das mit dem Sozialismus schwanger gehende Deutschland einen proletarischen Krieg führen mußte. Diese Wendung gegen Großbritannien als Hauptfeind des Krieges[73] wurde durch die britische Seeblockade, welche von vornherein die Trennung von Kombattanten und Nichtkombattanten aufgehoben hatte und damit als extrem kriegsverbrecherisch einzustufen wäre (hätten die Seemächte die diesbezüglich Völkerrechtskodifikation nicht verhindert), begünstigt, hatte aber letztlich ideologischen Bedürfnissen entsprochen: „Bald aber verlagerten sich die zunächst gegen Rußland gerichteten Haßgefühle der deutschen Öffentlichkeit gegen das „perfide Albion“. Die gleiche Wandlung läßt sich auch bei der Sozialdemokratie feststellen.“[74]

Die Sinnstiftung des Weltkriegs als Weltrevolution wurde vor allem von einer Gruppierung propagiert, welche als „*Lensch-Cunow-Haenisch*-Gruppe“ zusammengefaßt und dabei in einer äußerst problematischen Weise „zum rechten Flügel der SPD“ zugeordnet wurde.[75] Zu dieser Gruppe muß maßgebend der Ökonom *Johann Plenge*[76] gerechnet werden, bekannt als Dr.-Vater des späteren SPD-Vorsitzenden *Kurt Schumacher*. Für *Plenge* stellte die Kriegswirtschaft die Vorform der sozialistischen Wirtschaftsordnung dar, eine Theorie, welche eine zentrale Leerstelle der marxistischen Lehre zu schließen versprach, die nur sehr allgemeine Aussagen zu der angestrebten sozialistischen Wirtschaftsordnung machte. Der

---

[69] Diese verfassungsschutzrelevante Ambivalenz etwa bei *Karl Kautsky* ist gut dargestellt von *Peter Gilg*, Die Erneuerung des demokratischen Denkens im Wilhelminischen Deutschland. Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1965; lediglich dem „Revisionisten“ *Eduard Bernstein*, dessen Position auf SPD-Parteientagen aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, wird ein glaubhaftes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie als Selbstzweck zugeschrieben.

[70] S. dazu umfassend *Susanne Miller*, a. a. O., 1974.

[71] S. dazu *Robert Sigel*, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im Ersten Weltkrieg, 1976, S. 41 ff.; s. auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe

[72] So die Einschätzung bei *Janz*, a. a. O., S. 199.

[73] Diese Wendung deutet sich auch im Buch von MdR *David* an, s. a. a. O., S. 60 f.

[74] So *Miller*, a. a. O., S. 185

[75] So von *Sigel*, a. a. O. mit dem Untertitel seines Werks; in der Darlegung nimmt er eine differenziertere Haltung ein; die Gruppierung stand danach „quer“ zu der üblichen Links-Mitte-Rechts-Einteilung innerhalb der Sozialdemokratie; sie passe in das Schema nicht hinein (S. 13), mit ihr besaß die SPD jedoch einen rechten annexionistischen Flügel (S. 166), welcher jedoch Gegenstand einer noch „ausstehenden (sic.!, *Anm.*) Erforschung der Geschichte linker ´nationalsozialistischer´ Theorien“ darstellen müßte (S. 169).

[76] Dieser nimmt einen prominenten Platz ein bei *Dieter Krüger*, Nationalökonomen im wilhelminischen Deutschland, 1983.

maßgebende Reichstagsabgeordnete *Paul Lensch*[77] war mit *Radek* und *Pannekok* zum extrem linken Flügel der Sozialdemokratie[78] der Vorkriegszeit gezählt worden und dabei zu einer Gruppierung, welche - m. E. marxistisch konsequent - die Abrüstungsforderungen der Sozialdemokratie zur Friedenswahrung als illusionär und utopisch abgetan hatte, weil aufgrund der Natur des Kapitalismus die Entwicklung zum Imperialismus und damit der Krieg nun einmal unvermeidbar wäre.[79] Seine mit *Lenin* verwandte Imperialismustheorie ermöglichte *Lensch*, der sich fraktionsintern noch gegen die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Kriegskrediten ausgesprochen hatte,[80] die Sinnstiftung des Krieges als die marxistisch erwartete Weltrevolution, eine Theorie, die er neben Veröffentlichungen im Magazin *Die Glocke*[81] in seinen Schriften „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg", „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" und „Drei Jahre Weltrevolution" darlegte und mit den Nachkriegswerk „Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie"[82] weiterführte.

Die Gruppierung um *Lensch* erkannte dabei die mittlerweile von der SPD beeinflußte Situation des Deutschen Kaiserreiches als durchaus fortschrittlich an,[83] wobei Deutschland die historische Aufgabe zugeschrieben wurde, gegenüber der englischen Weltherrschaft als Zentrum des zu überwindenden Kapitalismus die Weltrevolution durchzusetzen. Aufgrund der in der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht sowie der im allgemeinen Wahlrecht zum Reichstag verkörperten demokratischen Institutionen sei nirgendwo sonst die Emanzipation der Arbeiterklasse so weit vorangeschritten wie in Deutschland. Die zum Ende des Klassenkampfes führende Emanzipation der Arbeiterklasse wurde dabei in der Konstituierung der nationalen Volksgemeinschaft verstanden, wobei das „Augusterlebnis" von 1914, die Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus, eine entscheidende Bedeutung erhielt.[84] Durch dieses Erlebnis sei deutlich geworden, daß die Sozialdemokratisierung des politischen Lebens zu einer Nationalisierung der deutschen Arbeiterklasse geführt hätte. Das Klassenbewußtsein wurde dabei zur Vorform des Nationalitätsbewußtseins erklärt, das dann in der den Klassenkampf überwindenden Volksgemeinschaft zum demokratischen Nationalismus führte. Der Weltkrieg konnte bei dieser Perspektive in Übereinstimmung mit *Marx*, der den Krieg als „Hebamme der Revolution" ausgemacht hatte, als Weltrevolution verstanden werden; der Weltkrieg würde nämlich durch die immerwährende Vereinigung von Deutschland und Österreich, ungeachtet der noch offenen Verfassungsfrage, zum sozialistischen Großdeutschen Reich führen und damit den Traum der demokratischen

---

[77] S. zu diesem vor allem *Rolf Peter Sieferle*, Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, 1995, S. 45 ff. Die Geburt des nationalen Sozialismus im Weltkrieg, sowie den diesbezüglich einmal akzeptablen Wikipedia-Eintrag: http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lensch

[78] In diesem Sinne ist er eingeordnet bei *Haupt*, a. a. O., S. 91 und 153.

[79] S. zu dieser: *Abraham Ascher,* `Radical´ Imperialists within German Social Democracy 1912-1918, in: *Political Science Quarterly*, 1976, S. 555 ff.

[80] Die 14 fraktionsinternen Dissidenten wurden nie offiziell mitgeteilt, sondern lassen sich unterschiedlichen Aussagen entnehmen, die bei *Miller*, a. a. O., S. 59 f. aufgelistet werden: darunter findet sich auch Paul Lensch, Wohnort Leipzig, der den Wahlkreis Reichenbach-Auerbach (Sachsen) vertrat und dessen Berufsbezeichnung als Parteiredakteur angegeben ist.

[81] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Glocke_(Zeitschrift,_1915)

[82] S. zur Literatur die Angaben in der Deutschen Nationalbibliothek: https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&query=118571583

[83] Bei *David*, a. a. O., S. 184 f. findet sich schon eine Annäherung an die Position von *Lensch*; auch wenn dieser nicht gewissermaßen der Pressesprecher der Parteimehrheit war, nahm man dessen Ausführungen hin, weil man gegenüber der Parteilinken keine besseren Argumente hatte.

[84] In gewisser Weise handelt es sich dabei um eine Wieder-Verschmelzung, da die Kombination von Nationalismus und Sozialismus für den SPD-Gründer *Lassalle* schon maßgebend war; erst die Konsequenz der Reichsgründung „von rechts" hat dem Nationalismus den revolutionären Charakter genommen und ihn - wie schon vor 1848 - in einen Gegensatz zum Sozialismus gebracht.

Revolutionäre von 1848 verwirklichen. Insofern wurde der Erste Weltkrieg als Fortführung des Einigungskrieges von 1871 gesehen.

In der Frontstellung gegenüber Rußland war endlich der Traum des *Karl Marx* von einem Revolutionskrieg gegen das reaktionäre Rußland erfüllt, dessen Niederschlagung verhindern würde, daß die deutsche Verfassungslage weiterhin unter Berücksichtigung russischer Interessen ausgestaltet werden müßte. Der Sieg über Rußland würde wiederum den Kampf gegen das „innere England", welches im preußischen Junkertum ausgemacht wurde - man beachte das Ausmaß an Meinungsfreiheit im Deutschen Kaiserreich selbst während des Weltkriegs! - erleichtern, das durch sein Festhalten am preußischen Klassenwahlrecht der Bildung einer wahrhaft demokratischen, das heißt nationalen Volksgemeinschaft entgegenstand. Aufgrund der starken Stellung der deutschen Sozialdemokratie würde ein Sieg Deutschlands im Weltkrieg den Sieg der marxistischen Theorie insbesondere bei den weniger marxistisch ausgerichteten sozialistischen Parteien des (westlichen) Auslandes bedeuten.

Von weltgeschichtlicher Bedeutung war jedoch nach *Lensch*, daß der Sieg Deutschlands gegenüber dem britischen Liberalismus den Durchbruch des organisierten Kapitalismus darstellen würde, der als höhere Organisationsform dieses Gesellschaftstypus organisch zum Sozialismus als der den Klassenkampf überwindenden nationalen Volksgemeinschaft führen müsse. In das Zentrum seiner Schriften rückte bei *Lensch* deshalb zunehmend die generell pro-britische Haltung der Vorkriegs-SPD selbstkritisch analysierende Auseinandersetzung mit England. Hierbei wandte er konsequent die marxistischen Kategorien des Klassenkampfes auf die Außenpolitik an, wobei Großbritannien als der eigentlich reaktionäre Ausbeuter erschien, dessen Riesenreich durch den „Weltkrieg als Weltrevolution" zum Einsturz gebracht werden müsse. „Ein Sieg des Reiches über England sei gleichbedeutend mit der Überwindung des „Weltbourgeois" durch das „Weltproletariat". So erhielt der Krieg für die deutsche Arbeiterbewegung einen Sinn, der weit über das Theorem vom Verteidigungskrieg gegen den „russischen Despotismus" hinausging. In dieser Perspektive wurde es zur „deutschen Sendung", mit Englands Weltherrschaft auch den Kapitalismus zu beseitigen. So wurde das deutsche Volk in den Rang eines revolutionären Subjekts erhoben, der Weltkrieg zum Befreiungskrieg und zur Weltrevolution gegen die globale Hegemonie des britischen Kapitals."[85] Mit dem Kriegseintritt der USA tat sich eine weitere antikapitalistische Perspektive des Kriegs auf, wobei der deutsche U-Boot-Krieg als Steigerung der Klassen-auseinandersetzung verstanden wurde.[86]

Zur Bedeutung der Gruppe um *Lensch* ist zu sagen, daß es sicherlich falsch ist, diesen zur Zeit des Weltkriegs als Außenseiter abzutun, wenngleich sich seine Gruppierung auch nicht wirklich durchsetzen konnte,[87] weil dann die SPD dann auch die weiteren Konsequenzen hätte akzeptieren müssen, „diese aber bedeuteten, … einerseits ein rücksichtloses Eingestehen des Scheiterns der Internationale, andererseits die Befürwortung von Annexionen und weitgesteckten kolonialen Ansprüchen, wozu sich die Parteiführung aus taktischen Gründen nicht bereit finden konnte."[88] Die SPD-Parteiführung konnte sich aber auch nicht konsequent gegen eine von dieser Gruppierung befürworteten Annexionspolitik aussprechen, weil sie befürchtet mußte, daß ihr dann innerparteilich entgegengetreten werden würde,[89] wohl auch weil sie wußte, daß die offizielle Haltung der Partei, territorial den Status quo aufrecht-zu

[85] S. *Janz*, a. a. O., S. 202.
[86] S. *Sigel*, a. a. O., S. 99.
[87] Nach der Einschätzung von *Sigel*, a. a. O., S. 96, überwog deutlich die Zustimmung bei der sozialdemokratischen Parteipresse; „einzig Friedrich Stampfer trat Lensch ziemlich energisch entgegen...".
[88] S. *Sigel*, a. a. O., S. 103.
[89] S. bei *Miller*, a. a. O., S. 192.

erhalten (um damit auch die Zugehörigkeit von Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reich gegenüber dem französischen Sozialismus zu sichern), sich zumindest im Osten Europas, gerade wenn man dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Rechnung tragen wollte, sich nicht aufrechterhalten lassen würde. Standen aber Grenzen zur Disposition, dann ergab sich notwendigerweise die Frage, nach welchen Kriterien die Grenzen neu zu ziehen wären.

Diesbezüglich marxistisch konsequent lehnte die Gruppe um *Lensch* die ohnehin kaum begründbare Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskriegen ab, sondern stellte die Fortschrittskategorie als marxistisch maßgebend dar. Gerecht war danach ein Krieg, der dem Proletariat nützte. Da Deutschland einen proletarischen Fortschrittskrieg führte, war es selbstverständlich zu Annexionen berechtigt.[90] Wenn man schon einen Frieden ohne Annexionen fordere, dann solle doch Großbritannien seine Annexionen aufgeben, angefangen von Irland, über Kanada, Indien etc.

Versailler Diktat als Voraussetzung eines zweiten Weltkriegs

Mit der Niederlage Deutschlands fand *Lensch* jedoch auf seine Art wieder zu der sozialdemokratischen Bewunderung für England zurück. Unter dem Druck des Weltkrieges hätte sich Großbritannien nämlich innenpolitisch den deutschen Prinzipien des organisierten Kapitalismus und der demokratischen allgemeinen Wehrpflicht anschließen und auch das demokratische Wahlrecht übernehmen müssen und damit - letztlich herausgefordert durch die Erfolge des deutschen Sozialismus - einen fortschrittlichen Charakter bekommen. Dem stand jedoch fortschrittstheoretisch als Folge des Krieges als Weltrevolution ein Negativum gegenüber: Englands Sieg hatte zwar den sozialdemokratischen Kriegserwartungen entsprechend die SPD in Deutschland an die Macht gebracht, womit der Weg zum Sozialismus offen war, gleichzeitig aber zur Zerschlagung der Elemente geführt, wegen derer sich Deutschland bei marxistischer Perspektive als besonders fortschrittlich darstellte und die man für den wirklichen Sozialismus benötigen würde, wie die preußisch-deutsche Armee und die den plutokratischen Tendenzen des Parlamentarismus entgegengesetzte Beamtenregierung im Sinne der konstitutionellen Monarchie. Die Versailler Waffenstillstandsbedingungen, die sich als Sieg des reaktionären Kapitalismus darstellten, machten *Lensch* aus seiner Sicht klar, daß das Konzept der Übertragung der marxistischen Kategorien des Klassenkampfes auf die internationale Politik durchaus fruchtbar war und sich bestätigt sehen konnten. Trotz der zwiespältigen Errungenschaften des Weltkrieges stand für ihn fest, daß Deutschland weiterhin eine sozial-revolutionäre Rolle von weltgeschichtlicher Bedeutung einzunehmen habe, was durch den Sieg der Sozialdemokratie und dem Abtritt der Reaktion, „der monarchischen Maskerade“, noch deutlicher geworden sei. „Der sozialrevolutionäre Charakter des Deutschen Reiches konnte nun offen zutage treten. Nach der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie stand Deutschland sozialökonomisch und politisch endlich auf demselben Niveau.“[91]

Da nach der gelungenen (sozialistischen) Revolution keine Klasse mehr nachdrängte, konnte man den Klassenkampfgedanken im Inneren aufgeben, um sich dem Aufbau der nationalen Volksgemeinschaft zu widmen, die aus dem Sozialismus naturgemäß hervorgehen würde. Der Klassenkampf spiele sich angesichts des Versailler Vertrags nunmehr zwischen den plutokratischen Westmächten und dem auf eine halbkoloniale Stellung herabgedrückten Deutschland ab. „Das auf den Knechtstatus reduzierte Deutschland konnte zum

[90] S. dazu *Sigel*, a. a. O., S. 143 ff.: Die Haltung zum Problem der Annexionen und des Kolonialismus.
[91] So die Zusammenfassung der Ansichten von *Lensch* bei *Sieferle*, a. a. O., S. 68.

nationalrevolutionären Führer der Knechte überall in der Welt werden - zur Vormacht des Sozialismus und des antikolonialen nationalen Befreiungskampfes, wenn es selbst die Wende zum nationalen Sozialismus vollzog: Zusammenschluß nach innen, Herstellung der nationalen Volksgemeinschaft und Überwindung des Klassenkampfs auf der einen, totale Mobilmachung nach außen, Vorbereitung auf einen Zweiten Weltkrieg, der die Weltrevolution siegreich abschließen konnte, auf der anderen Seite … Zu diesem Zweck mußte sich die deutsche Politik allerdings radikal erneuern und verjüngen, das heißt von den überkommenen Positionen der Sozialdemokratie, die *Lensch* jetzt als bloße „Alterserscheinung" ansah, Abschied nehmen."[92] Letztlich müßte dabei an die Stelle der klassischen Sozialdemokratie so etwas wie der Nationalsozialismus treten, um die mit dem 4. August 1914 eingeleitete Entwicklung zum Abschluß zu bringen.

Der Schritt zum Nationalsozialismus

In der Tat vollzog sich nach einer Literaturmeinung[93] an dieser Stelle der „endgültige Übergang von der marxistischen Sozialdemokratie zur Konservativen Revolution." Der Begriff der „konservativen Revolution" ist hierbei sicherlich deshalb gewählt, weil man aufgrund der etablierten bundesdeutschen Ideologiepolitik noch immer davor zurückschreckt, die „marxistische Sozialdemokratie" in einen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu bringen. Auch wenn der USPD-Politiker *Crispien*[94] 1919 in Bezug auf die (Mehrheits-) Sozialdemokratie die Bezeichnung „Nationalsozialisten"[95] verwandt hat, so hat sich der sich ausdrücklich als solcher verstehende „Nationalsozialismus" bekanntlich außerhalb der SPD entwickelt, wofür schon das Nachkriegsschicksal von *Lensch* Zeugnis gibt. Anders als seine Mitstreiter *Cunow*[96] und *Haenisch*[97] hat sich *Lensch*, der im November 1918 noch als wichtiger Kontaktmann zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und der militärischen Führung agierte, schließlich 1922 von der Sozialdemokratie abgewandt und kam dabei einem Parteiausschluß der durch den Beitritt der Rest-USPD zur SPD wieder nach links gerückten SPD zuvor.

Die ideologische Weiterentwicklung des (marxistischen) Sozialismus in Richtung Nationalsozialismus ist dann maßgebend auf den Ökonomen *Johann Plenge* übergegangen, der dann die marxistischen Prämissen der Totalverstaatlichung in Frage stellte, was man innersozialistisch als Abschied vom Marxismus ansehen mag, auch wenn unbestreitbar ist, daß die von *Lensch* zur konzeptionellen Bewältigung des Ersten Weltkriegs vorgenommene Ersetzung der Klasse durch die Nation als Fortschrittsagens und damit der Übergang vom Klassenkampf im Innern zu einer Kombination von Volksgemeinschaft im Inneren und Weltbürgerkrieg nach außen sich im Rahmen einer marxistisch-materialistischen Orientierung vollzogen hatte.[98] *Lensch* und *Plenge* hätten aber - so das äußerste Zugeständnis der bundesdeutschen Lehre - noch „viel zu sehr in ökonomisch-materialistischen Kategorien" gedacht, „um zu expliziten Vätern der nationalsozialistischen Weltanschauung werden zu können, wenn sich auch Elemente ihres Denkens im Umfeld[99] des Nationalsozialismus

[92] S. *Sieferle*, a. a. O., S. 70
[93] S. *Sieferle*, ebenda
[94] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Crispien
[95] Wobei dieser Begriff schon vorher polemisch gegen die (Mehrheits-) Sozialdemokratie verwendet worden ist, wie sich den Ausführungen von SPD-MdR *David*, a. a. O., S. 185, entnehmen läßt.
[96] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Cunow
[97] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Konrad_Haenisch
[98] So auch *Sieferle*, a. a. O., S. 71.
[99] Verwiesen wird dabei auf *Otto Wagner*, den Wirtschaftsberater *Hitler*s vor der Machtergreifung und dessen Memoiren „Hitler aus nächster Nähe", 1978.

finden…“.[100] Am Beispiel des ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, *August Winnig*,[101] einer der auf der obersten Funktionärsebene sicherlich nicht so zahlreichen Personen der Mehrheitssozialdemokratie, die den Weg zur NSPAP finden sollten,[102] kann exemplifiziert werden, daß die Position von *Lensch* und *Plenge* nicht rein intellektueller Art gewesen ist. Die eindeutig als national-sozialistisch identifizierbare Positionen von *Winnig* waren schon während des Ersten Weltkriegs noch innerhalb der SPD voll ausgebildet und konnten an prominenter Stelle in regelmäßigen Veröffentlichungen etwa im Jahrbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes[103] publiziert werden. „Es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaftliches und politisches Wirken jene Elemente eines neuen Deutschtums schufen, in den die Masse heute das Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.“ Eine klare Trennung zwischen Proletariat und Volk bzw. Staat könne es nicht mehr geben, da das „Schicksal Deutschlands auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse“ darstellt. „Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im Ganzen hindurch müssen ... Sie (die Arbeiterklasse, *Anm*.) kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen, denn dieser wird ... von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“[104]

Bekanntlich hat sich der SPD-Mann *Plenge* 1933 beschwert, nicht als Vorläufer des Nationalsozialismus anerkannt zu werden. „Hitler, nicht Sie, war der erste Nationalsozialist!“ wurde ihm dabei seitens der NS-Vertreter entgegengehalten, wenngleich ihm zugestanden wurde, ein „nationaler Sozialist“ zu sein. Jedoch ist die Bezugnahme des Nationalsozialismus auf das „Augusterlebnis“ als seinen Ausgangspunkt, nämlich der (Wieder-)Verschmelzung von Sozialismus und Nationalismus unverkennbar. Die als Ergebnis des Krieges - wie erwartet und letztlich erhofft - eingetretene Revolution von 1918 hat *Hitler* jedoch nur als „sogenannte“ gelten lassen, da sie keine wirkliche gewesen sei. „Der Kapitalismus sollte vernichtet werden, heute marschiert er mehr denn je.“[105] Nach *Hitler* habe der Umsturz von 1918 nicht die von ihm erkennbar erwünschte sozialistische Republik begründet; [106] man habe die Waffen zu schnell aus der Hand gelegt und dann keine Möglichkeit mehr zur Verteidigung gegen das „internationale Finanzkapital“ gehabt: „Was ist der größte Irrsinn der Novemberverbrecher gewesen? Man kann nicht sagen, die Revolution an sich, sondern die Form der Durchführung der Revolution, d.h. der Wehrlosmachung des deutschen Volkes. Denn damit hat man außenpolitisch den jungen sozialistischen Staat der kapitalistischen Welt ausgeliefert und die Festigung dieses Gebildes unmöglich gemacht.“[107]

Die Sozialisten (gemeint: die Vorkriegs-Sozialdemokratie) wären weder auf die Revolution vorbereitet gewesen noch hätten sie etwas damit anfangen können, so daß, nachdem der große Augenblick verpaßt war, „nur noch eine bürgerliche Revolution“ herauskommen konnte, die

---

[100] S. *Sieferle*, a. a. O., S. 72.
[101] S. https://de.wikipedia.org/wiki/August_Winnig
[102] Kommunistisch-propagandistisch groß berichtet in: *Rote Fahne* vom 14.04.1932: Von der SPD zu Hitler; Winnig ist allerdings nicht NSDAP-Mitglied geworden; das Angebot Hitlers, Führer der Deutschen Arbeitsfront zu werden, hat er abgelehnt und in der Folgezeit als von starker protestantischer Religiosität gekennzeichnet, auch Distanz zum Regime gewahrt.
[103] S. Nachweise bei *Huhn*, a. a. O., S. 64 f.
[104] S. *August Winnig*, Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930, S. 29 ff. s auch derselbe: Der Weltkrieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters, Sonderdruck aus dem Jahrbuch 1914 des Deutschen Bauarbeiterverbandes, 1915.
[105] S. *Rainer Zitelmann*, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1993, S. 52.
[106] S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 60 f.
[107] So *Hitler* in einer Rede am 21.09.1928, s. bei S. *Zitelmann,* a. a. O., S. 61.

ihren Ausdruck in der Weimarer Verfassung fand. Es ist keine Unterstellung, wenn man davon ausgeht, daß große Teile der zeitgenössischen Sozialdemokratie diese Einschätzung teilten. *Hitler* versprach, das zu realisieren, „was vielleicht so viele am 9. November 1918 erwartet haben"; womit nur gemeint sein kann, daß er sich mit dem sozialistischen Anliegen identifizierte, soweit es als nationales Anliegen zum Ausdruck gebracht würde. Dies kommt sogar in der (natürlich so gut wie nie erwähnten) Antwortrede *Hitler*s[108] auf die gegen das „Ermächtigungsgesetz" gerichteten Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden *Otto Wels* am 23.03.1933 zu Ausdruck, in der er sich auf die Proklamation der Dritten (französischen) Republik von 1870 als Vorbild bezog: „Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahne der neuen Republik nicht siegreich zustande gekommen wäre, immerhin zu erklären: Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den letzten Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden." Damit nahm *Hitler* für sich in Anspruch, mit dem Akt der Revolution, die sich letztlich mit dem Ermächtigungsgesetz vollzog, umzusetzen, was die SPD 1918 nach den eigenen Prämissen, so wie dies *Hitler* legitimer Weise verstehen durfte, hätte machen müssen. Nichts anderes ist gemeint, wenn *Goebbels* die „sinkende Fahne des Sozialismus" aufgreifen wollte, um das 1918 Versäumte nachzuholen, um dabei „der historischen Mission des deutschen Arbeitertums neuen Sinn und Zweck" zu geben,[109] womit sich *Goebbels* ausdrücklich mit dem Anliegen der klassischen Sozialdemokratie, wie er dieses - ebenfalls legitimer Weise - verstehen durfte, identifiziert hat.

Als Grund für das Scheitern der deutschen Revolution von 1918 als sozialistische Revolution erkannte *Hitler* wiederum die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie durch ihre Verwandlung zur Massenbewegung, die letztlich eine Schwächung beinhaltet hätte; „denn die letzten Ziele der marxistischen Weltanschauung sind derart radikal, daß sie nur von einer absolut fanatischen Stoßtruppe durchzufechten sind."[110] Revolution könne nur durch eine entschlossene Minderheit erzwungen werden, wobei ihm als Vorbild die USPD erschien, wohl weil das, was dann 1918/19 doch noch als Revolution gelingen konnte, von dieser veranlaßt worden sei. Dementsprechend hielt *Hitler* der Sozialdemokratie insgesamt die Beseitigung der Monarchie zugute, „ein großer Schritt vorwärts. Durch sie erst wurde für uns der Weg bereitet."[111] Aber nur dadurch, daß aus der großen Masse (gemeint: der SPD-Anhänger) sich die USPD als aktive, kämpferische Minorität loslöste, konnte die Revolution durchgeführt werden. „Hitler orientierte sich also bewußt am Marxismus und sah eine radikale, relativ kleine Partei wie die USPD (die linke Abspaltung von der SPD) als Vorbild für die ´historische Minorität´, die er in der NSDAP sammeln wollte."[112]

Mögliche Verhinderung des Nationalsozialismus?

Ideologisch hätte ein selbstständiger Nationalsozialismus möglicherweise verhindert werden können, wenn die Sozialdemokratie auch nach dem Krieg konsequent die am 4. August 1914 begonnene nationale Ausrichtung fortentwickelt hätte. Diese Position war ja schon mit dem

[108] Zitiert bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 78 f.
[109] S. *Ulrich Höver*, Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist, Bonn / Berlin 1992, S. 253.
[110] S. *Zitelmann*, a. a. O., S. 403; wodurch deutlich wird, daß Hitler entgegen der gegen den „Marxismus" gerichteten Wahlpropaganda sehr wohl verstand, was Marxismus genuiner Weise bedeutet, dem er dann doch nicht so fern stand, was wiederum *Goebbels* zumindest für sich selbst eigentlich nie bestritten hat.
[111] S. bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 55.
[112] So die Zusammenfassung bei *Zitelmann*, a. a. O., S. 400.

maßgeblichen Werk des Austro-Marxisten *Otto Bauer*[113] von 1907 *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* und vergleichbare Stellungnahmen vorbereitet worden, die deutlich machten, daß sich die Sozialdemokratie genötigt sah, das Deutsche Reich zu verteidigen und zwar nicht im Interesse der herrschenden Ordnung, sondern wegen der in Land und Volk angelegten sozialistischen Zukunftsperspektive, die sich maßgeblich als national darstellte.

Bauer ging nämlich davon aus, daß die Nationalität mit dem Eintritt des Sozialismus nicht nur nicht verschwinden würde, sondern im Gegenteil die Völker aufgrund des Erblühens der Nationalkultur, die durch die Emanzipation der Arbeiterklasse herbeigeführt würde, sich noch schärfer abgrenzen würden als im Kapitalismus: „Die Tatsache, daß der Sozialismus die Nation autonom ihr Geschick zum Ergebnis ihres bewußten Willens macht, bewirkt nun aber *steigende Differenzierung der Nationen* in der sozialistischen Gesellschaft, schärfere Ausprägung ihrer Eigenart, schärfere Scheidung ihrer Charaktere voneinander.“[114] Die bereits im Kapitalismus herbeigeführte Angleichung der Lebensverhältnisse, die im Sozialismus fortgeführt würde, sei rein materiell zu verstehen, würde sich aber nicht auf den entscheidenden geistigen Gehalt beziehen, d.h. „trotz der Angleichung der materiellen Kulturinhalte, doch steigernde Differenzierung der geistigen Kultur der Nationen.“[115] Diese Haltung ist zwar von *Kautsky* und später von *Stalin*, dem maßgeblichen Experten für Nationalitätenfragen im Sowjetkommunismus, als „zu nationalistisch“ kritisiert worden, entsprach aber doch weitgehend der Haltung der Sozialdemokratie in der multinationalen Donau-Monarchie, die schon aus diesem Grunde, d.h. wegen der mit der Demokratisierung naturgemäß einhergehenden Nationalisierung in ihren Grundfesten bedroht war: Auch die dortige Sozialdemokratie wollte letztlich den Untergang dieses Multinationalismus,[116] dieses „Völkerkerkers“ (*Renner*) und „habsburgischen Staatskadavers“ (*Hitler*),[117] um - soweit es um den deutschen Teil der Donaumonarchie ging - zur Verwirklichung der demokratischen Forderungen von 1848 durch Anschluß an das restliche Deutschland sozialistisch das seit 1848 von Demokraten erstrebte Großdeutsche Reich zu errichten.

Gerade die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hätte die Vertiefung der „Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus eine einzigartige Chance“[118] etwa durch verstärktes Aufgreifen der Lehren von *Lassalle* geboten. In der Tat schien sich zu dieser Zeit eine *Lassalle*-Renaissance anzudeuten. Jedoch: „Die deutsche Sozialdemokratie stand zu sehr im Banne des Marxismus und seiner feindlichen Stellung zum nationalen Moment als daß eine Weiterentwicklung der Lassalleschen Theorie … möglich gewesen wäre“ (*Ramm*). Letztlich hätte sich aber auch der Marxismus entsprechend pro-deutsch deuten lassen, was aber wohl vorausgesetzt hätte, daß die Deutschen siegreich aus dem Weltkrieg hervorgegangen wären: Der Marxismus begünstigt aufgrund seiner a-moralischen Einstellung, die mit dem Aberglauben einer quasi-naturgesetzlichen Entwicklung der Menschheit einhergeht, den Kult der erfolgreichen Macht. Ein Verlierer ist dann historisch widerlegt und dementsprechend nach den Kriterien der Fortschrittsdoktrin „schuldig“. Die deutsche Kriegsniederlage, die danach die Kriegsschuld „beweist“, hat dementsprechend das sozialdemokratische Bedürfnis

---

[113] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Bauer#:~:text=Otto%20Bauer%20(*%205.,Sozialdemokratie%20und%20Bergr%C3%BCnder%20des%20Austromarxismus.

[114] S. *Otto Bauer*, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, 1907, 24, S. 105 f. (Hervorhebung im Original).

[115] S. ebenda, S. 108.

[116] Dies wurde im Vorwort des Werkes von *Otto Bauer* von 1924, s. ebenda, S. X, ausdrücklich hervorgehoben: „Auflösung des Reiches war zur Lösung des Nationalitätenproblems notwendig.“

[117] S. Zitat bei *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt 2005, S. 26.

[118] So *Thilo Ramm*, Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph, 1952.

geweckt, die (so der sozialistische Vorwurf an der SPD) mit der Entscheidung vom 4. August 1914 gescheiterte Sozialistische Internationale wieder wirksam werden lassen, obwohl den SPD-Vertretern dabei erheblicher genossenschaftlich-internationalistischer Haß entgegenschlug: So weigerten sich die belgischen Sozialisten, überhaupt mit Vertretern der (M)SPD zusammenzutreffen, weshalb sie ihre Teilnahme am Berner Sozialistenkongreß der Sozialistischen Internationale 1919 absagten, wo auf die SPD-Vertreter (übertragen) „viele Steine geworfen“ wurden - so der ihr grundsätzlich zugeneigte Vorsitzende der niederländischen Sozialdemokraten *Pieter Troelstra*.[119]

Der Vorsitzende der Belgischen Sozialistischen Partei und Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, *Emile Vandervelde*,[120] erklärte ganz offen: „Ich bin von dem Haß ergriffen, den unsere sozialistischen Arbeiter gegenüber allem, was deutsch ist, hegen und insbesondere gegenüber der Mehrheit vom Typ eines Scheidemann und David.“[121] Um international wieder integriert zu werden, haben dann maßgebliche Sozialisten, angefangen vom Ministerpräsidenten der Bayerischen Räterepublik, *Kurt Eisner* (SPD, USPD),[122] die Propaganda der Siegermächte aufgegriffen und von Kriegsschuld des Kaiserreichs dahergeredet, die dann (wie in der sozialismusaffinen bundesdeutschen Ideologiepolitik) schon deshalb festzustehen schien, weil das Kaiserreich autoritär gewesen sei und die deutsche Sozialdemokratie hereingelegt worden wäre. Als dann *Karl Kautsky*,[123] der amtlich mit einer Sichtung der Akten beauftragt war, später einsehen mußte, es sei eher das Gegenteil richtig, weil sich ergeben hätte, daß die deutsche Regierung den Krieg zu vermeiden suchte, war es schon zu spät. Der Kriegsschuldartikel des Friedensvertrags, der dann von ausländischen Befürwortern unter Bezugnahme auf vorzeitige deutsche Schuldbekundungen der traditionellen politischen Linken gerechtfertigt werden konnte, war dann mit den immensen Kosten festgeschrieben. Der BRD-Verfassungsschutz führt dies ideologie-politisch weiter.

Diesen Verrat an Deutschland konnten bestimmte Sozialisten der SPD nicht vergeben. Dieser Komplex ist gemeint, wenn *Hitler* auf den „Marxismus“ schimpfte. Damit war dem Nationalsozialismus der Aufstieg ermöglicht, der die Chance ergriff, Nationalismus und Sozialismus wieder wie zur Zeiten *Lassalles* revolutionär zusammenzuführen. Der Versailler Vertrag hatte in Deutschland den Internationalismus und die auf ihn gesetzten Hoffnungen völlig diskreditiert. Wenn dann die SPD in der Folgezeit versuchte, die nationalistische Karte zu spielen - was etwa *Otto Wels* in seiner Rede gegen das Ermächtigungsgesetz versucht hat[124] -, wurde ihr dies nicht mehr abgenommen, auch wenn man versuchte, sich zuletzt noch dem Nationalsozialismus anzubiedern, wofür etwa die Aussage des sozialdemokratisch dominierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zum 1. Mai 1933 steht, wonach dieser Tag kein Tag der Niederlage, sondern des Sieges der Arbeiterklasse sei, weil damit die Einordnung der Arbeiterschaft in die Nation, dieses eigentlichen Ziels des Klassenkampfes, endlich besiegelt würde: „Vom Nationalsozialismus unterscheidet uns keine andere Rangordnung der Werte Nation oder Sozialismus, sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung. Wir wollen erst den Sozialismus, um die Nation zu gestalten. Der

---

[119] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Pieter_Jelles_Troelstra
[120] S. https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%89mile_Vandervelde
[121] S. bei *Miller* im französischen Original, a. a. O., S. 215.
[122] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Eisner
[123] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Kautsky
[124] S. dazu den 6. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Warum kein Bündnis SPD / NSDAP?** https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2026/09/SoziBwltg-VI-SPDNSuebergaenge.pdf

Nationalsozialismus forderte und verwirklichte jetzt die Einheit der Nation, um auf diesem breiten und festen Fundament den deutschen Sozialismus aufzubauen.“[125]

Im Nachhinein mag bedauert werden, daß bei dem ideologischen Kontinuum, das von bestimmten Strömungen der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus überführte, diese Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus nicht schon im sozialdemokratischen Kontext bleibend erfolgreich war. Dann wäre vielleicht ein selbständiger Nationalsozialismus auch in Deutschland gar nicht in Erscheinung getreten oder marginaler Rand geblieben.

Gründe für Erfolg und Wesen des Nationalsozialismus

Einer derartigen Entwicklung zugunsten einer nationalistischen SPD, die den NS vielleicht marginalisiert hätte, standen letztlich dann doch die politischen Bedingungen Deutschlands unter dem Versailler Vertrag entgegen, die einem selbständigen Nationalsozialismus aufgrund der auf den 4.08.1914 zurückführenden Vorgeschichte eine große Realisierungschance geben sollten, ähnlich wie sich in den Ländern der später sogenannten Dritten Welt die Chance des sozialistischen Befreiungsnationalismus aufgetan hat, der auf einen ähnlichen ideologischen Kontext zurückgeführt werden kann.[126] Bei einer Entwicklung, die nicht von Krieg, Revolution, Friedensdiktat mit massiven Kriegsentschädigungen und Einmarsch ausländischer Truppen zur Vollstreckung gekennzeichnet gewesen wäre, was parteipolitisch in der Wahlpropaganda plausibel mit der katastrophalen sozialen Verelendung verknüpft werden konnte,[127] wären nationalsozialistische Tendenzen aufgrund des deutlichen ideologischen Kontinuums von sozialistischem und faschistischem Denken weitgehend ununterscheidbar in der Sozialdemokratie integriert geblieben. Für diese Vermutung kann gerade die als „sozialdemokratische Junge Rechte“ fehlbezeichnete politische Strömung angeführt werden, bei der ein „zentraler Widerspruch zwischen einer relativen ideologischen Affinität zum Nationalsozialismus einerseits und dessen militanter politischen Bekämpfung andererseits“ ausgemacht wird.[128] Dieser Widerspruch ergibt sich demnach nur auf der politischen, nicht jedoch auf der ideologischen Ebene, was bedeutet, daß sich dieser Widerspruch in einem anderen politischen Kontext als dann politisch nicht entscheidungsrelevant, wohl nicht hätte ergeben müssen.

Ähnliches ist Bezug auf die Anhänger des von *Leonard Nelson*[129] geführten Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK)[130] zu sagen, welche aus der SPD ausgeschlossen wurden, weil sie unter Bezugnahme auf das bolschewistische Modell zur Verwirklichung des

---

[125] So *Walther Pahl*, Leiter der Zentralstelle für den Freiwilligen Arbeitsdienst und bedeutsamsten Vertreter dessen, was *Stefan Vogt*, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945, Bonn 2006, S. 377 f. als „junge Rechte“ fehl bezeichnet.

[126] S. dazu den Beitrag des Verfassers: Faschismus – außereuropäisch
https://sezession.de/18110/faschismus-aussereuropaeisch
sowie den 10. Teil der vorliegenden Serie zur Sozialismusbewältigung: **Sozialismus als Faschismus – Belege bei Betrachtung außereuropäischer Phänomene**
https://links-enttarnt.de/wp-content/uploads/2020/10/Sozialismusbewaeltigung-Teil-10.pdf

[127] S. *Heinz Höhne*, ´Gebt mir vier Jahre Zeit´. Hitler und die Anfänge des Dritten Reichs, 1996, S. 9 f. weist zu Recht darauf hin, daß selbst in der seriösen bundesdeutschen Bewältigungsliteratur die Problematik der realen wirtschaftlichen Verelendung nahezu völlig unter den Tisch gekehrt wird: So hakt der Wortführer der etablierten Totalitarismusschule *Karl Dietrich Bracher* („Die deutsche Diktatur“) das traumatische Erlebnis der sozialen Verelendung „auf einer viertel Buchseite“ ab! Deutsche Intellektuelle neigen zur ideologie-politisch induzierte Wirklichkeitsverfehlung: die VS-Mentalität ist dabei sehr stark verankert.

[128] So *Vogt*, a. a. O., S. 22.

[129] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Leonard_Nelson

[130] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Sozialistischer_Kampfbund

Sozialismus für das Führerprinzip eintraten und sich damit dem ansonsten durchaus bekämpften Nationalsozialismus konzeptionell annäherten. Führerprinzip und Diktatur lagen jedoch in der Konsequenz des „Kriegssozialismus“, welcher als neues Gesellschaftsmodell ausgegeben wurde. Der Sozialdemokrat *Otto Neurath*[131] hatte in seinem Sozialisierungsplan vorgegeben: „Was der Militarismus gelehrt hat, das muß der Sozialismus vollbringen!“ „Damit hatte die Sozialdemokratie das entscheidende Wort in der ganzen Sozialisierungsfrage ausgesprochen; ihre sämtlichen Nachkriegsprogramme konnten nur noch auf einen militärisch organisierten Sozialismus, also auf die Anpassung des ökonomischen Apparats an die imperialistischen Notwendigkeiten, auf die Kriegswirtschaft des totalen Staates für den Fall des totalen Krieges hinauslaufen! Sie war hierbei blind vor dem Umstand, daß der Militarismus nun einmal ohne das autoritäre Befehlswesen nicht existieren kann, daß sich also ein militärischer Sozialismus eher mit Diktatur einer militärisch organisierten Partei als mit einer Vielzahl liberaler und parlamentarischer Wahlvereine vereinbaren läßt.“[132]

Es ist bemerkenswert, daß die Ideologisierung der Kriegswirtschaft, die nicht als alsbald wieder zu überwindende kriegsbedingte Notlösung zu betrachten wäre, sondern gleichsam als ein neues Gesellschaftsmodell verstanden worden ist, von keiner anderen traditionellen politischen Richtung außerhalb der Sozialisten mitgemacht wurde: Die „Aufgabe der Durchsetzung des „totalen Staates“ als der konsequentesten „Dachorganisation“ der modernen Kriegswirtschaft“, ist „in keinem einzigen Falle von einer der *alten, liberalen bürgerlichen Parteien* gefördert oder aufgenommen worden, sondern sowohl in Rußland, wie in Italien und in Deutschland von *sozialistischen* Parteien, Fraktionen oder Gruppen.“[133] Die SPD war jedoch - was ihr sicherlich positiv angerechnet werden kann - nicht bereit, die eigentlich nahe liegenden verfassungsrechtlichen Konsequenzen ihrer letztlich kriegswirtschaftlich-etatistischen Sozialismuskonzeption zu ziehen, an der sie vor allem aus ideologischen Gründen wiederum festhalten mußte, weil allein diese Konzeption der sozialdemokratischen Orthodoxie gegenüber dem formal in der Minderheit gebliebenen (Recht-)Revisionismus die Erklärung dafür lieferte, warum *Marx* auf fast geheimnisvolle Weise mit seiner Zusammenbruchstheorie doch recht behalten hätte. Mit dieser Erklärung machte sie aber auch deutlich, daß sie nicht von der Sozialismuskonzeption als solcher Abstand nehmen wollte. Damit hat sich aber der „*Nationalsozialismus als die konsequentere Sozialdemokratie*“[134] angeboten. Dieser hat die nahe liegenden praktischen Konsequenzen gezogen: Sozialismus als Form einer (fortgesetzten) Kriegswirtschaft erfordert die sozialistische (Partei-)Diktatur!

Hinweis:

Der vorstehende Beitrag der Serie zur Sozialismusbewältigung macht die Notwendigkeit dieser Bewältigung deutlich, weil nur dadurch das Entstehen und auch der Inhalt des sicherlich bewältigungsbedürftigen deutschen Nationalsozialismus verstanden werden kann.

Dazu sei zum Zwecke dieser notwendigen Sozialismusbewältigung auf das neueste Werk von *Iris Plehn / Sebastian Weirauch* mit einem Vorwort von *Josef Schüßlburner* verwiesen:

[131] S. https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Neurath
[132] So die Zusammenfassung des Dilemmas bei *Willy Huhn*, a. a. O., S. 120.
[133] So *Huhn*, a. a. O., S. 143 (Hervorhebungen vom Original übernommen).
[134] S. *Huhn*, a. a. O., S. 151.


Iris Plehn
Sebastian Weirauch
Der Sozi-Virus
Wie der Rote, Braune und Grüne Sozialismus
unter immer neuen Masken
die Gesellschaften von innen zerstört
Verlag Book/Today